

Rezensionen

Hirschinger, Frank: Der Spionage verdächtig. Asylanten und ausländische Studenten in Sachsen-Anhalt 1945–1970. Berichte und Studien Nr. 57. Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden. Dresden: Vandenhoeck & Ruprecht 2009, 170 Seiten, 27,90 €.

Bereits Anfang der neunziger Jahre entwickelte sich eine intensive gesellschaftspolitische Debatte über die Ausländerpolitik in der untergegangenen DDR. Die wichtigste Ursache war das Ausbrechen fremdenfeindlicher Krawalle im Osten Deutschlands. Die in diesem Kontext entstandenen wissenschaftlichen Studien beschäftigen sich vorwiegend mit der Anwesenheit von Vertragsarbeitern, Asylanten und ausländischen Studenten im SED-Staat seit den siebziger Jahren. Dagegen sind Ausarbeitungen über vergleichbare Ausländergruppen während der ersten beiden Jahrzehnte der DDR eher selten.

Einen wichtigen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke stellt die vorbildliche regionalgeschichtliche Untersuchung des Historikers Frank Hirschinger dar. Auf einer breiten Quellenbasis analysiert er am Beispiel von Sachsen-Anhalt bzw. der Bezirke Halle und Magdeburg die Asyl- und Ausländerpolitik der SED und ihres Staates gegenüber Asylanten aus Spanien, Griechenland, Iran, ehemaligen Angehörigen der französischen Fremdenlegion und Studenten aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Der Untersuchungszeitraum umfaßt die Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem nahezu vollständigen Abschluß der Entkolonialisierung in Afrika im Jahre 1970. Für die Zäsursetzung Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre spricht auch die beginnende weltweite diplomatische Anerkennung – unter anderem auch

in der Dritten Welt – und das sich dadurch verändernde internationale Gewicht der DDR.

Hirschinger arbeitet heraus, daß die Unterstützung für prokommunistische Asylanten aus Bürgerkriegsgebieten sowie für Studenten aus antiimperialistisch orientierten Staaten und Befreiungsbewegungen nicht nur internationalistischer Überzeugung entsprang, sondern mit handfesten politischen Interessen der DDR verknüpft war. So wurden die Emigranten und Studierenden immer wieder für Propagandakampagnen der SED instrumentalisiert. Weiterhin sollten sie dazu beitragen, die durch die westdeutsche „Hallstein-Doktrin“ bedingte außenpolitische und wirtschaftliche Isolation des ostdeutschen Teilstaates zu überwinden. Treffend ist in diesem Zusammenhang die Charakterisierung des „Auslandstudiums“ in der DDR als ein Instrument der Außenpolitik.

Zwischen den Wunschvorstellungen der SED-Politiker und der realen Entwicklung gab es jedoch keine Deckungsgleichheit. Eine erwartete belegbare Einflußnahme von Absolventen, zum Beispiel von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, aus dem afrikanischen und arabischen Raum auf die Haltung ihrer Länder oder Parteien zur DDR ist für den betrachteten Zeitraum nicht überliefert. Aus den Reihen der erwachsenen und jugendlichen Asylanten konnte keine Kaderreserve für die entsprechenden Kommunistischen Parteien herausgebildet werden. Schließlich erwies sich auch die Aufnahme von Fremdenlegionären als soziale Hypothek. Nur die wenigsten von ihnen ließen sich als nützliche Mitglieder der Gesellschaft umziehen und in die DDR integrieren.

Unbestritten ist, daß die Asylanten vielfältige materielle Unterstützung durch die Bereitstellung von Unterkünften, Sozialleistungen, Arbeits- und Ausbildungsplätzen erhielten. Hinter der offiziellen Propagandaphrase vom „proletarischen Internationalismus“ trafen die Ausländer im re-

alsozialistischen Alltag jedoch auch auf Unverständnis, Bevormundung und massives politisches Mißtrauen. Von leitenden SED-Stellen, universitären Gremien und insbesondere vom MfS waren sie umfangreichen Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen ausgesetzt.

Neben der detaillierten Darstellung der Situation in Sachsen-Anhalt bzw. den Bezirken Magdeburg und Halle gibt Hirschinger einen entsprechenden quantitativen und qualitativen Überblick über die einzelnen Ausländergruppen in der gesamten DDR und umreißt jeweils auch die politische Entwicklung in den Herkunftsländern. Dadurch bietet der vorliegende Band einen guten Gesamtüberblick zum behandelten Thema und kann auch einer breiten, nicht nur an Regionalgeschichte interessierten Leserschaft zur Lektüre empfohlen werden.

Peter Erler

Seidel, Gerdi: Vom Leben und Überleben eines „Luxusfachs“. Die Anfangsjahre der Romanistik in der DDR. Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte, Band 10. Heidelberg: Synchron Wissenschaftsverlag der Autoren 2005, 330 Seiten, 39,80 €.

In ihrem Buch analysiert Gerdi Seidel die „Anfangsjahre der Romanistik in der DDR“. Sprach jemand russisch, erntete er oft nur ein mißtrauisches Lächeln, wenn jemand die englische Sprache beherrschte, wandelte sich dies zu Anerkennung, fing aber jemand an, fließend auf Französisch zu parlieren, gab es zumeist nur ungläubiges Staunen. Daß es so etwas gibt – in der DDR?!

Tatsächlich gab es das nur selten. Denn die einstige Sprache der Aristokratie mit ihren typischen Nasalvokalen und ihrem feminin wirkenden Klang hatte im Arbeiter- und Bauernstaat so gut wie keinen Ort – auch wenn sie genauso die Sprache von Rousseau, Voltaire oder Diderot gewesen war. Im DDR-Fernsehen kursierten denn auch Sketche, die im breitesten Sächsisch vom *Imbord-Desserrd-Wein* berichteten, und bekannt sind die Probleme, die dem DDR-Bürger gelegentlich die korrekte Aussprache französischer Namen aus Film, Literatur oder Musik bereitete: Den auch in Ost-Berlin beliebten französischen Sänger Gilbert Bécaud notierten Mitarbeiter der DDR-Künstleragentur am Telefon manchmal als *Schübberr Beko*, die Schauspielerin Catherine

Deneuve ging des öfteren als *Katrin DENOI-fe* durch, und selbst den Vornamen des Schriftstellers Guy de Maupassant, aufgrund seiner Novellen Lektüre in der Schule, sprachen Lehrer nicht selten als *Gai* aus. Das Französische mitsamt seinem Hauch eleganter Weltläufigkeit führte in der abgeschotteten Spießbürgerdiktatur vielfach zu peinlichen Mißverständnissen, ja zu Ironie und Spott.

Ursachen und Anfänge dieser kulturellen Abstinenz thematisiert nun die Dissertation von Gerdi Seidel. Die Autorin, das sei vorausgeschickt, hat damit eine solide, gut geschriebene Studie über die in der DDR ungeliebte akademische Disziplin vorgelegt. Ihre Kernthese ist gleichwohl nicht überraschend: Die Randständigkeit der Romanistik in der DDR sei vor allem aus einem „Geburtsfehler“ erwachsen, aus der Tatsache, daß sie sich „hauptsächlich mit Sprachen, Literaturen und Kulturen befaßte, die im Lager des Klassenfeindes beheimatet waren“. Daran ändert auch nichts, daß die wenigen Romanisten, die nach 1945 durch die NS-Zeit unbelastet und in der „Ostzone“ verblieben waren, eine „erneuerte“, von den NS-Altlasten befreite Romanistik propagierten – etwa der von den Nationalsozialisten inhaftierte Werner Krauss (1900–1976): Nach ihm sollte sich die Romanistik nicht mehr dem Rassentheoretiker Gobineau zuwenden, sondern insbesondere der französischen Aufklärung, da, wie es der Kommunist Krauss zu Beginn der fünfziger Jahre formulierte, diese die „Keime“ gelegt habe, für eine „Weltentwicklung“, deren „Spitze“ der „sowjetische Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus“ sei.

Doch die Romanistik galt als „reaktionäres bildungsbürgerliches Relikt“. Dies schlug sich auch in der materiellen und personellen Ausstattung der romanischen Seminare an den DDR-Universitäten nieder: Abgesehen von Ost-Berlin, wo man 1953 für 35 Romanistikstudenten den normalen Lehrbetrieb wiederaufnahm, düm-

pelten viele Institute vor sich hin oder gingen ganz ein: An der Universität Greifswald beispielsweise hörten im Jahr seiner Stilllegung 1957 noch sechs Studenten drei Dozenten – einzig die „Anschaffung eines Tonbandgerätes Smaragd“ stellte für die Universitätszeitung ein erwähnenswertes Ereignis dar. Außerdem machte sich zunehmende Ideologisierung in den Lehrkörpern bemerkbar: An der Universität Jena, wo es dem dortigen Lehrstuhlinhaber Eduard von Jan (1885–1971) in den ersten Jahren nach Kriegsende gelang, den Lehrkörper zu vergrößern und „solide wissenschaftliche Arbeit fernab der Parteidoktrin“ zu betreiben, war ab 1957 Schluß mit der beschaulichen „bürgerlichen“ Romanistik – von Jan wurde emeritiert, sein Nachfolger wurde Manfred Naumann: Dieser repräsentierte den „sozialistischen Nachwuchs“, war aber nach Meinung von Fachkollegen nur mit „recht schmaler romanistischer Basis“ ausgestattet.

Der Niedergang der Romanistik hatte denn auch Folgen für die Fremdsprachenausbildung an der Schule: Nach einer Übergangsphase, in der man auf Lehrpläne aus der Weimarer Republik zurückgriff, wurde ab 1951 bis zum Ende der DDR an allen Allgemeinbildenden Oberschulen als erste Fremdsprache Russisch unterrichtet, Englisch und Französisch hatten lediglich den Status fakultativer Fächer – nur die Erweiterte Oberschule forderte eines von beiden als zweite Fremdsprache. Galt Russisch, die „Lingua Franca der sozialistischen Weltgemeinschaft“, zwar als unbeliebt, herrschte abgesehen davon jedoch eine „Englisch-über-alles-Ideologie“ vor. Dies resultierte vor allem aus utilitaristischen Überlegungen. Da die DDR ihren wirtschaftlichen Rückstand mit der verstärkten Ausbildung von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern kompensieren wollte und das Englische spätestens nach 1945 Welt- und Wissenschaftssprache war, erachtete man es als „unzu-

mutbar“, die „künftigen Techniker, Physiker und Chemiker“ mit Bildungsinhalten „bürgerlicher Prägung“ zu belasten: etwa der französischen oder lateinischen Sprache. Vergebens suchte daher Werner Krauss das Englische in eben jener antiwestlichen Rhetorik als „reaktionär“ und „dekadent“ zu diffamieren, unter der sein eigenes Fach genauso zu leiden hatte; vergebens wies man darauf hin, daß Aufträge aus frankophonen Ländern Afrikas nur deshalb an Westdeutschland gegangen seien, „weil unsere Fachkräfte nicht in der Lage sind, die afrikanischen Freunde mit der modernen Technik vertraut zu machen“. Die marginalisierte Romanistik wurde in der DDR vor allem am Grad ihrer ökonomischen Verwertbarkeit gemessen – wie heute viele geisteswissenschaftliche Disziplinen.

In ihrem Buch vermag die Autorin spannend von Konkurrenzdenken zwischen einzelnen Universitätsinstituten und ihren Protagonisten zu berichten. Sie erzählt auch von der zwiespältigen Rolle Victor Klemperers (1881–1960), der als von den Nationalsozialisten verfolgter Jude den neuen Kurs unterstützte – und wie Krauss später daran verzweifelte. Allerdings beschränkt sie sich darauf, die Ideologisierung der romanistischen Studieninhalte zu benennen, statt sie zu entfalten: Es hätte den Leser interessiert, *wie* beispielsweise Rita Schober Emile Zola für die „marxistisch-leninistische Ästhetik“ rettete oder den „Klassenstandpunkt“ des Autors beurteilte – ein konkreter Anhaltspunkt für das Niveau der romanistischen Ausbildung in der der DDR wäre das sicherlich gewesen. Außerdem vermag der gewählte Zeitraum der Untersuchung (bis etwa 1960) nicht voll und ganz zu überzeugen: Unter welchen Umständen sich die DDR-Romanistik ab den sechziger Jahren entwickelte, geht aus dem Buch nicht hervor: Aber gerade seit den späten fünfziger Jahren erreichten viele frankophone afrikanische Staaten, zu denen die DDR diplomatische

Beziehungen unterhielt, die Unabhängigkeit. Die Konfliktlagen, die sich aus einer ideologisierten Romanistik und einfacher Liebe zur französischen Sprache und Kultur ergaben, dürften vielleicht genauso interessant gewesen sein – vor allem da letztere auch diejenigen empfanden, die man für den diplomatischen Nachwuchs zu rekrutieren suchte. Insofern erscheint der Titel des Buches etwas verfehlt: „Leben und Überleben“ des „Luxusfaches“ dauerten bis 1989.

Michael Böhm

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bundesrepublik und DDR, 1949–1990. Band 5. München: Verlag C.H. Beck 2008, 529 Seiten, 34,90 €.

Auch wenn sich der fünfte Band von Hans-Ulrich Wehlers *Deutsche Gesellschaftsgeschichte* vergleichsweise schlank neben seinem Vorgängerquartett ausnimmt, kommt ihm eine besondere Bedeutung innerhalb des Gesamtwerkes zu: Schließlich präsentiert Wehler mit ihm das Siegel eines über zweieinhalb Jahrzehnte andauernden Projektes. Seit der Veröffentlichung des Bandes ist viel gelobt, gerügt und kommentiert worden. Davon einmal abgesehen, daß es stets leichter ist, ein derart umfassendes und ehrgeiziges Werk zu hinterfragen, als es zu schreiben, darf eine kritische Auseinandersetzung dennoch nicht fehlen. Die folgende Besprechung von Wehlers letztem Akt seiner deutschen Gesellschaftserzählung konzentriert sich deshalb auf einige bislang kaum beleuchtete Aspekte.

Das Skelett seiner „Gesellschaftsgeschichte“ setzt Wehler zum Großteil aus Weberschen Bauteilen zusammen und trifft die Hauptaussage seiner Untersuchung aufgrund der Betrachtung der historischen Entwicklung entlang der Achsen Wirtschaft, Herrschaft, Kultur und sozialer Ungleichheit. Unter der bekannten

Diskontinuität politischer Herrschaft in der deutschen Geschichte legt Wehler eine „Kontinuität der Stratifikationsordnung der großen Sozialformationen“ und des wirtschaftlichen Systems frei: Die Klassengesellschaft sei über alle Brüche hinweg erhalten geblieben und mit ihr auch die soziale Ungleichheit in Deutschland. Leider unterläßt Wehler es, diese Ungleichheit im Verhältnis zu jener in anderen Staaten zu betrachten und vergibt damit die Möglichkeit, die durchaus kritisierbare Verteilung in der Bundesrepublik objektiver zu beurteilen. Insgesamt gewinnt erwartungsgemäß auch in dieser Analyse Wehlers die Achse der „sozialen Ungleichheit“ deutliches Übergewicht.

Mehr als unglücklich endet Wehlers Versuch, seiner „Gesellschaftsgeschichte“ durch die Beschwörung des „militanten Islamismus“ Aktualität zu verleihen. Zum einen neigt Wehler im Zusammenhang mit dem Islam und seinen Anhängern dazu, über das erträgliche Maß hinaus zu polemisieren. Wehler macht die „politische Pest“ des „Islamismus“ zum Nachfolger von „Bolschewismus“ und „Nationalsozialismus“ und vermengt ungewohnt unbedarft die Unterschiede zwischen religiösem Fanatismus, Ideologie und totalitärem Herrschaftsanspruch. Zum anderen verläßt Wehler hier offensichtlich sein angestammtes Forschungsfeld. Gleich einer Stammtischrede gruppiert er in einem Rundumschlag alle medial präsenten Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit – Afghanistan, den Irak und Iran, Saudi-Arabien, Ägypten, Indonesien und die Türkei – ungeachtet ihrer unterschiedlichen Geschichte, Sprache und Kultur in die Sphäre eines „Radikalislamismus“ ein. Über die konkreten Auswirkungen des Erstarkens religiöser Fundamentalisten für die deutsche Gesellschaft läßt er den Leser im unklaren.

Weitaus gewinnbringender für einen Aktualitätsbezug hätte Wehler jedoch einen anderen Gegenstand untersuchen kön-

nen: Das Einwachsen und vielleicht auch Aufgehen der Gesellschaft des „anderen Deutschland“ in der heutigen Bundesrepublik. Zwar ist Wehler einer der wenigen, die überhaupt versuchen, eine Untersuchung beider deutscher Staaten in einem Werk zu vereinen. Allerdings bleibt es auch nur bei einem Versuch: Wehler geht ausführlich auf die Entwicklungen in den beiden deutschen Teilstaaten ein. Er weist der DDR dabei die Statistenrolle des bösen Zwilling zu, neben dem sich die Heldin des Stücks, die Bundesrepublik, strahlend entfaltet. Nun ist gegen Freude über und Zufriedenheit mit inzwischen sechs Jahrzehnten geglückerter Demokratie in Deutschland nichts einzuwenden, ja viel häufiger sollten diese auch laut ausgesprochen werden. Doch versperrt die Reduktion der zweiten deutschen Diktatur des 20. Jahrhunderts auf ein billiges Vergleichsprodukt nicht nur den Weg zu einer differenzierten Erforschung der Gesellschaft und Strukturen der DDR. Wehler verneint gleichzeitig die hartnäckig überlebenden deutsch-deutschen Bezüge gemeinsamer Herkunft, oft panischer Abgrenzung und treibender Konkurrenz der vier Jahrzehnte dauernden deutschen Zweisamkeit. Denn auch wenn sich die Bundesrepublik „in jeder Hinsicht [als] strukturprägender Kernstaat“ bewiesen hat und die DDR institutionell – und zum Großteil auch personell – verschwunden ist, so wirkt doch gerade ihre Gesellschaft bis heute in einem nur schwer überschätzbaren Ausmaß in der wiedervereinigten deutschen Gesellschaft nach. Wehler fügt sich ein in den Reigen derer, die allein die bundesdeutsche Entwicklung für würdig und fähig halten, Erkenntnis über die deutsche Geschichte nach 1945, aber auch die Entwicklungen des wiedervereinigten Deutschlands zu generieren. Unglücklicherweise leistet Wehler an dieser Stelle unbewußt insbesondere denjenigen Steighilfe, die sich gerne zu Kämpfern gegen ein westdeutsch-zentriertes Geschichtsbild stilisieren und im gleichen

Atemzug der Trennlinie zwischen Diktatur und Demokratie eine Absage erteilen.

Heinrich-August Winkler beschrieb Deutschlands „langen Weg nach Westen“, Hans-Ulrich Wehler will diesen Weg darüber hinaus als Heimkehr verstanden wissen. Für ihn ist „Deutschland bis 1914 immer ein unbestrittener Teil der westlichen Welt gewesen“ und nach 1945 „in diesen Kulturkreis wieder zurückgekehrt“. Problematisch an Wehlers These ist bereits die Verwendung der Begriffe „Ost“ und „West“. Von der Zeit vor 1945 zur folgenden Ära des Kalten Krieges durchläuft das Begriffspaar einen grundlegenden Bedeutungswandel. Was die „Rückkehr in den Westen“ betrifft, muß man sich fragen, wann genau Wehler vor 1914 eine Orientierung des deutschen Kaiserreiches gen Westen erkennen will. Abgesehen von den deutschen Auswandererströmen in die verheißungsvolle „neue Welt“ jenseits des Atlantiks, fällt es schwer, hierfür Anhaltspunkte zu finden. Das Kaiserreich war vor dem Ersten Weltkrieg nicht nur politisch eng mit der Habsburger Monarchie an der Donau – nicht etwa mit dem Empire oder gar Frankreich – verbunden. Vor allem wirtschaftlich und kulturell herrschte ein reger Austausch mit Ost und Südost. Wehler scheint sich hier vor allem von seiner persönlichen Wahrnehmung leiten zu lassen. Schließlich ist Königsberg, das einstige Zentrum Ostpreußens, allein geographisch mehr als doppelt soweit von Köln entfernt wie von Paris. So werden all jene, die wie Wehler in Nordrhein-Westfalen geboren und im Rheinland sozialisiert worden sind, vielleicht ähnlich wie der gebürtige Kölner Konrad Adenauer empfinden, für den – zwar im Scherz, doch auch mit einer gewissen Ernsthaftigkeit – die mongolische Steppe östlich der Elbe begann.

Wehlers Blick auf Westdeutschland ist umfassend und kenntnisreich, wenn auch stark meinungsorientiert. Seine Analyse der DDR dagegen ist selektiv und wenig

brauchbar. Diese ergänzt er regelmäßig mit seinem ganz persönlichen Blick auf die deutsche Geschichte; oft belehrend, manchmal aufdringlich, doch stets offen und direkt. Auch im letzten Akt bleibt Wehler seinem einst geradezu revolutionären Instrumentarium des Sozialhistorikers treu: Die Stärke des fünften Bandes der „Gesellschaftsgeschichte“ liegt deshalb in der gelungenen Vernetzung deutscher Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichte und Wehlers klaren und häufig auch überzeugenden Schlußfolgerungen.

Miriam Müller

Hartmann, Christian: Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42. Band 75 der Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. München: R. Oldenbourg Verlag 2009, 928 Seiten, 59,80 €.

Als die Wehrmacht am 22. Juni 1941 die Grenzen zur Sowjetunion überschritt, waren die schlimmsten Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands noch nicht geschehen. Auch hatte der nationalsozialistische Maßnahmenstaat den Normalstaat noch nicht vollständig überwältigt, so daß es in der deutschen Gesellschaft noch große Bereiche scheinbarer Normalität gab. Anders verhielt es sich mit dem Sowjetrußland Lenins und Stalins. Dort waren seit dem Oktoberputsch von 1917 zahlreiche Wellen staatlicher Gewalt über das Land gerollt, denen Millionen von Menschen zum Opfer gefallen waren. In jenen Gebieten, die die UdSSR im Zuge des Hitler-Stalin-Pakts okkupiert hatte, war die Blutspur kommunistischen Mordens noch besonders frisch. Die Wehrmachtssoldaten stießen auf die Leichenberge eiligst ausgemordeter Gefängnisse und die Totenspur jener Märsche, bei denen der sowjetische Geheimdienst (NKWD) seine Opfer nach Osten trieb. Vielerorts wurden die vordringenden Deutschen von der Bevölkerung als

Befreier begrüßt. Hinzu kam, daß die deutschen Soldaten regelmäßig auf die Überreste von in Gefangenschaft geratenen Kameraden stießen, die verstümmelt und zu Tode gequält worden waren. Die Annahme ist also plausibel, daß das nationalsozialistische Regime unter seinen Soldaten einen Legitimitätsschub erfuhr und daß viele eine Niederlage der eigenen Seite als Katastrophe zu fürchten begannen, die es unbedingt zu vermeiden galt.

Die nach Osten vordringenden Verbände der Wehrmacht waren indes das militärische Instrument einer Politik, die sich einem pathologisch-kriminellen Wahnprogramm verpflichtet hatte und die sich anschickte, alle Exzesse, Entgrenzungen und Mordorgien des europäischen Kolonialismus um ein Vielfaches gesteigert in Europa zu wiederholen. Ohne dies wohl recht zu begreifen, kämpften die Soldaten der Wehrmacht also gegen ein kriminelles System, folgten dabei aber einer noch kriminelleren Führung. Das Ergebnis war einer der furchtbarsten Kriege der Menschheitsgeschichte, der neben gigantischen Schlachten mit Hunderttausenden von Toten alle möglichen großen und kleinen Höllen gebar, in denen Menschen auf unvorstellbare Weise zu Tode geschunden wurden. Die Frage, wie sich die Soldaten der deutschen Streitkräfte in diesem Inferno tatsächlich verhielten und wie ihr Verhalten – durchaus auch juristisch – zu bewerten ist, hat die deutsche Gesellschaft tief gespalten und ist mittlerweile selbst zu einem überaus kontroversen Feld der deutschen Mentalitätsgeschichte geworden.

Der durch eine Monographie zu Franz Halder als Sachkenner ausgewiesene Historiker Christian Hartmann hat nun in dem monumentalen Band „Wehrmacht im Ostkrieg: Front und militärisches Hinterland 1941/42“ den Versuch unternommen, ein fundiertes Bild der militärischen Sozialgeschichte der Wehrmacht im ersten Jahr des deutsch-sowjetischen Krie-

ges zu zeichnen. Um das Thema, welches allein schon durch die Größe des Untersuchungsgegenstands Belege für jede Art von These bietet, besser handhaben zu können, hat Hartmann seine Untersuchung auf fünf Divisionen bzw. Divisionsäquivalente eingegrenzt. Die Auswahl der Verbände ist dabei in quantitativer Hinsicht nicht repräsentativ, da das von der Wehrmacht nur äußerst schwach gesicherte Hinterland mit zwei Verbänden gegenüber drei Frontdivisionen weit überproportional vertreten ist. Jedoch gelingt es Hartmann so, alle Tätigkeitsfelder des deutschen Ostheeres in den Blick zu nehmen und die Bedeutung des Hinterlands als eigentlichen Entfaltungsraum des nationalsozialistischen Rasse- und Vernichtungskriegs deutlich herauszuarbeiten.

Obleich das Schwergewicht von Hartmanns Untersuchung eindeutig auf der Frage nach den Verbrechen der Wehrmacht liegt, verweist er doch mit Entschiedenheit auf den mittlerweile fast in Vergessenheit geratenen Umstand, daß die Hauptaufgabe der Wehrmacht in der Kriegführung gegen die Sowjetarmee bestand und daß die Masse ihrer Soldaten und Offiziere in Kampfeinheiten Dienst tat, welche sofort nach Kriegsbeginn in schwerste Kämpfe mit zum Teil erheblichen Verlusten gerieten. Die Verbände, die im Spätherbst 1941 zum Sturm auf Moskau antraten, waren materiell und personell bereits so stark angeschlagen, daß auch in der deutschen Führung erhebliche Zweifel an der Durchführbarkeit dieser Operation bestanden. Nach dem Scheitern des Angriffs, dem Wintereinbruch und der sowjetischen Gegenoffensive entgingen die ausgebrannten Wehrmachtstruppen nur knapp einer vernichtenden Niederlage, die zu einer frühzeitigen Beendigung des Krieges hätte führen können.

Die Frage, warum die Wehrmacht standhielt, beantwortet Hartmann mit langen Exkursen über deren inneres Gefüge – wobei er selbst das Ordenswesen einge-

hend analysiert –, die rigide Offizierauslese und die Vorzüge der deutschen Auftrags-taktik. Der eingangs geschilderten politischen Motivlage gibt er dagegen relativ wenig Raum. Dabei stellt sich schon im Hinblick auf die von ihm reichlich zitierten Quellen die Frage, ob nicht wesentliche Teile des deutschen Offizierskorps den eigenen Krieg als Fortsetzung des russischen Bürgerkriegs betrachteten. So lautet in den zitierten Quellenpassagen die gängigste Feindbezeichnung „die Roten“ oder „die roten Truppen“. Die Wehrmacht rekrutierte überdies zunehmend sowjetische Hilfswillige, von denen zumindest ein Teil die Zusammenarbeit mit den Besatzern aus politischen Gründen als Möglichkeit zum Widerstand gegen das verhaßte Sowjetregime suchte. Es ist anzunehmen, daß sich auf diese Weise bei den deutschen Truppen zahlreiche Erlebnisberichte über die kommunistischen Friedensverbrechen – die Zwangskollektivierungen und die „Säuberungen“ – verbreitet haben dürften.

Trotz dieser Einschränkung überzeugen die von Hartmann auf breiter Quellenbasis und mit ausgeprägtem Willen zur Differenzierung gezogenen Schlußfolgerungen durchweg. Obwohl er zahlreiche Thesen der sogenannten Wehrmachtsausstellung und ihrer Macher ins Reich der Legenden verweist, erspart er der Wehrmacht und insbesondere ihrem Führungskorps doch nicht schwerste Vorwürfe. Kriminelle Nachlässigkeit in der Fürsorge für die Kriegsgefangenen, ein tiefsitzender Glaube an die Problemlösungskompetenz von brutaler Gewalt und der Wegfall von juristischen Grenzziehungen durch die politische und militärische Obrigkeit mündeten alsbald in ein großflächiges Morden und Sterben, das sich jenseits aller militärischen Notwendigkeit entfaltete. Aus der Truppe kam dann allerdings auch eine Gegenbewegung, als am sich immer weiter verschärfenden sowjetischen Widerstand deutlich wurde, daß auf diese Weise

der steckengebliebene Feldzug auf keinen Fall zu gewinnen war. Mit seinem Buch ist Hartmann ein Meilenstein gelungen, der den vielen einzelnen und dem großen Ganzen weitgehend gerecht wird. Die Forschung zur Wehrmacht erhält damit ein sicheres Fundament, auf dessen Grundlage neue Fragestellungen entwickelt werden können. So sollte man insbesondere nicht mehr länger davor zurückschrecken, die Wehrmachtsakten auch als Quellen zur sowjetischen Mentalitäts- und Sozialgeschichte auszuloten.

Michael Ploetz

Gehrmann, Manfred: Die Überwindung des „Eisernen Vorhangs“. Die Abwanderung aus der DDR in die BRD und nach West-Berlin als innerdeutsches Migrantennetzwerk. Berlin: Ch. Links-Verlag 2009, 650 Seiten, 49,90 €.

Zwischen der Gründung der DDR im Jahr 1949 und dem Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961 verließen mehr als drei Millionen Menschen den SED-Staat Richtung Westen. Die Bedeutung dieses Personenkreises für die Entwicklung der DDR, vor allem im letzten Jahrzehnt ihrer Existenz, wird in der aktuellen DDR-Forschung zumeist unterschätzt. Tatsächlich dürfte die „Ausreisebewegung“ den schnellen Zusammenbruch des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden mindestens ebenso stark beschleunigt haben wie die von der neu formierten Opposition initiierten Demonstrationen. Von daher ist es verdienstvoll, daß sich Manfred Gehrmann in seiner Dissertation dem Thema ausführlich widmet.

Durch eine mitunter langatmige und mühsam zu lesende Argumentation, die sich auf die vorhandene Sekundärliteratur und die Auswertung von Zeitzeugenbefragungen stützt, gelingt es dem Autor, seine zentrale These zu belegen. Er geht davon aus, daß sich die Ausreisewilligen in der

DDR im Rahmen sozialer Netzwerke gegenseitig unterstützten und dadurch Restriktionen und Repressionen zum Teil unterlaufen oder kompensieren konnten. Neben Netzwerken innerhalb der DDR entwickelten sich rasch auch Netzwerke zwischen denen, die schon in den Westen geflohen oder übergesiedelt waren, und denen, die ihnen nachfolgen wollten.

Nach der Darstellung der facettenreichen Geschichte des Verlassens der DDR ordnet Manfred Gehrmann die „Ausreisebewegung“ in migrationssoziologische Annahmen ein. Dabei betont er, daß der Aspekt sozialer Netzwerke in der deutschsprachigen Migrationssoziologie bisher wenig Beachtung findet. Insofern würden vor allem die besonderen Bedingungen für deutsch-deutsche „Auswanderer“ – eingeschränkte Rückkehrmöglichkeit und Verwandte und Freunde im Westen – unberücksichtigt bleiben.

In dem nachfolgenden Kapitel über maßgebliche Gründe für das Verlassen der DDR in den achtziger Jahren wird die Bandbreite der Motive, aber auch ihre Verknüpfung sichtbar. Keineswegs überwogen ausschließlich wirtschaftliche Motive, sondern zumeist spielten auch politische und psychologische Gründe eine große Rolle. Die Auswertung verschiedener Umfragen über die Gründe für das Verlassen der DDR zeigt vor allem eine nachdrückliche Ablehnung des „realen Sozialismus“ in der DDR. Die fehlenden Freiheiten, die Bevormundung und die Einschränkung von Individualität sind für die meisten „Ausreisenden“ der Hintergrund für den Entschluß, ihr Land zu verlassen. Im Abschnitt über die Soziogenese von Ausreisanträgen werden Befragungen von Ausreiseantragstellern ausgewertet, die die Thesen des Autors plastisch belegen – sowohl die beschriebenen Motive als auch die Existenz von sozialen Netzwerken.

Die sich in den späten achtziger Jahren formierende Opposition, die auf ei-

ne Demokratisierung des Sozialismus zielte, hatte ein überaus gespanntes Verhältnis zu den Ausreisewilligen. Sie wurden zumeist nicht als Protestbewegung gegen den SED-Staat gesehen, sondern als „Wirtschaftsflüchtlinge“. Dagegen argumentiert der Autor mit dem Verweis auf die Bedeutung dieses Personenkreises bei der Erosion der Partei- und Staatsmacht in der DDR.

In dem Maße, wie die Zahl der Anträge auf ständige Ausreise unter Verweis auf internationale Vereinbarungen zunahm, geriet die SED in eine Defensive, die sie bis zum Fall der Mauer nicht überwinden konnte. Genehmigte sie zu viele Anträge, wurde sie zwar potentiell Widerständige los, animierte aber andere Personen, ebenfalls einen Ausreiseantrag zu stellen. Verhielt sie sich restriktiv, vergrößerte sie den Kreis der (potentiellen) Opposition. Das Problem erledigte sich erst mit dem Fall der Mauer und dem nachfolgenden Verschwinden der DDR.

Auch wenn das Lesen der Dissertation durch manch überflüssige Soziologisierung in der Argumentation erschwert wird, hat Manfred Gehrman ein verdienstvolles Buch geschrieben, das die Bedeutung der Ausreisewilligen für Niedergang und Sturz der SED-Herrschaft angemessen würdigt.

Klaus Schroeder

Voit, Jochen: Er rührte an den Schlaf der Welt. Ernst Busch. Die Biographie. Berlin: Aufbau Verlag 2010, 515 Seiten, 24,95 €.

Unter der Überschrift „Gesungene Zeitgeschichte“ feierte die *Tägliche Rundschau* am 11. Juni 1946 die bevorstehende Rückkehr des Sängers Ernst Busch auf die Berliner Bühne. Busch war 1945 nach seiner Befreiung aus dem Zuchthaus Brandenburg durch sowjetische Truppen nach Berlin zurückgekehrt und zunächst nur als Schauspieler im Hebbel-Theater aufgetreten. Sein Gesicht war halbseitig gelähmt.

Als politischer Häftling im Moabiter Gefängnis war er bei einem Luftangriff auf Berlin schwer verletzt worden. Die Gefangenen durften nicht in den Luftschutzkeller und blieben während der Bombardements in ihren Zellen eingesperrt. Als Busch im Moabiter Krankentrakt wieder zu Bewußtsein kam, glaubte er, nie wieder singen zu können. Mit seinem Comeback als Sänger begann 1946 Buschs Aufstieg zum Superstar der DDR.

Unter dem Titel *Er rührte an den Schlaf der Welt* hat Jochen Voit einhundertzehn Jahre nach Buschs Geburt eine kritische Biographie veröffentlicht, die erstmals die ganze Geschichte dieses großen Schauspielers und Interpreten erzählt. Die 1987 in der DDR erschienene opulente *Biographie in Texten, Bildern und Dokumenten* verschwieg nämlich viele Details aus Buschs Leben, die nicht in das heroische SED-Weltbild paßten. Der Weg des Kieles Arbeiterjungen zum Lenin-Friedenspreis- und Nationalpreisträger der DDR verlief nämlich keineswegs so geradlinig, wie es die Biographie von 1987 glauben machen will. Busch, der, wenn es ihm angebracht schien, ein ziemlicher Querkopf sein konnte, war in den fünfziger Jahren mehrfach mit der SED aneinandergeraten. Die Zensur kannte auch für den von Busch gegründeten Musikverlag „Lied der Zeit“ kein Pardon. Man warf ihm „Proletkult“, ja sogar „Formalismus“ und „Kosmopolitismus“ vor, was so ziemlich die schlimmsten Abweichungen von der sozialistischen Kunstpolitik jener Zeit waren. Wegen der Verbreitung von „anglo-amerikanischer Tanzmusik“ hatte sich Walter Ulbricht persönlich in einem Brief an Busch gewandt und für die „Ausschaltung“ solcher Produktionen ausgesprochen.

„Die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten rügt an Busch weiterhin ‚rechtsopportunistische Tendenzen‘, zumal wenn er Lieder singt ‚mit der Absicht, den USA-Imperialismus zu karikieren‘: Der Song ‚Ami go home!‘ zum Bei-

spiel enthalte ‚ganze Strecken heißester Jazzmusik‘. Diese Feststellung ist besonders bemerkenswert, weil es sich hier um eine der beiden Busch-Platten handelt, die es in der Nachkriegszeit zu echter Popularität bringen. Das patriotische Lied ist 1951 während der Weltfestspiele in Berlin massenhaft verbreitet und zum Hit geworden.“

Bertolt Brecht intervenierte zugunsten Ernst Buschs und seines musikalischen Bearbeiters Hanns Eisler beim FDJ-Vorsitzenden Erich Honecker, weil deren Namen in der SED-Presse im Zusammenhang mit dem erfolgreichen „Ami-go-home“-Lied verschwiegen wurden: „Wo es erwähnt wird in der Presse, wird meistens, auch im *Neuen Deutschland*, weder der Name Eisler noch der Name Busch erwähnt. Und es handelt sich da doch um eine kleine Feder in der Kappe der DDR! Wie soll Busch außer einer Tatsache auch noch ein Begriff der FDJ werden? Können Sie helfen?“

Erich Honecker, der wie Busch während der Nazizeit im Zuchthaus Brandenburg gesessen hatte, konnte oder wollte nicht helfen. Viele Jahre später, nachdem er es zum SED-Chef gebracht hatte, gerierte er sich als Buschs Freund. 1952 mußte sich Busch einer peinlichen Befragung durch Parteikontrolleure unterziehen, wobei ihm die SED-Säuberer teilweise die gleichen Fragen stellten, die ihm ein paar Jahre zuvor die Gestapo gestellt hatte: „Mit wem er in Moskau 1936 Kontakt gehabt habe, in wessen Auftrag er 1937 nach Spanien gegangen sei und so weiter.“ Mehrere enge Freunde Buschs wurden im Zuge der kommunistischen Säuberungswellen Ende der dreißiger Jahre in Moskau ermordet. So Michael Kolzow, Korrespondent der *Prawda* im Spanischen Bürgerkrieg und lange Jahre führendes Mitglied der „Internationalen Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller“, 1940 in Moskau erschossen; so Kolzows Lebensgefährtin Maria Osten, Journalistin und Schriftstel-

lerin, zeitweise auch Ernst Buschs Geliebte, seit 1926 Mitglied der KPD. Sie wurde am 8. August 1942 im sowjetischen Exil wegen angeblicher Spionage hingerichtet.

Ernst Busch zeriß nach der Befragung durch die SED-Parteikontrolleure sein Parteibuch. Er erhielt es Jahre später, nachdem er seinen Frieden mit dem Regime geschlossen hatte, vom Politbüromitglied Kurt Hager wieder zurück. Zuvor allerdings wurde Busch vorsichtshalber noch einmal von der Zentralen Parteikontrollkommission und der Staatssicherheit rundum sicherheitsüberprüft. Nur in einer Fußnote handelt Jochen Voit knapp den Untersuchungsvorgang der Abteilung IX/11 des Staatssicherheitsdienstes vom August 1971 ab, der damals durch einen „Anruf des Genossen Minister“ in Gang gesetzt wurde. Überprüft werden sollten alle Unterlagen, die „über den Aufenthalt von Ernst Busch in der Emigration, seine Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, seine Internierung 1940 in Frankreich, seine Auslieferung 1943 an die Gestapo sowie den Prozeß vor dem 1. Strafsenat beim Kammergericht Berlin am 15. 4. 1944“. Das relativ milde Urteil von nur drei Jahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat war auch, wie Veit schreibt, auf die Intervention des Generalintendanten des Preußischen Staatstheaters, Gustaf Gründgens, zurückzuführen. Gründgens vermittelte und finanzierte zur Verteidigung Buschs eine renommierte Anwaltssozietät. Die beiden Schauspieler kannten sich noch aus Buschs Anfangsjahren am Kieler Theater. Auch das NSDAP-Mitglied Otto Glaeser, Buschs ehemaliger Intendant an der Pommerischen Landesbühne, sagte als Zeuge zugunsten von Busch aus. Schließlich dürfte auch die Unkenntnis der Gestapo über Buschs tatsächliche Rolle als Propagandist im Moskauer Rundfunk eine Rolle gespielt haben. In der Urteilsbegründung des Kammergerichts hieß es, Busch habe im Moskauer Rundfunk „nach sei-

ner Darstellung lediglich unpolitische Lieder gesungen, u. a. Seemanns- und Bauernlieder“, außerdem habe er im Thälmannklub „1 bis 2 Mal das Thälmannlied vorgetragen, das, wie er selbst sagt, für die Befreiung Thälmanns wirbt“, sowie die „Moorsoldaten“, „Der Feldmarschall“ und „Die Säckeschmeißer“. Busch revanchierte sich 1945 bei Gustaf Gründgens, indem er sich mit einer Eidesstattlichen Erklärung gegenüber dem Kulturoffizier der sowjetischen Besatzungsmacht, Alexander Dymshitz, für die Entlassung von Gründgens aus dem sowjetischen Speziallager Nr. 6 (Jamlitz, ehemals Außenlager des KZ-Sachsenhausen) einsetzte. Buschs Wort, daß Gründgens kein Nazi gewesen sei, hatte bei den sowjetischen Freunden seiner Gesangkunst Gewicht. Gründgens kam frei und trat unter der Regie des aus Moskau zurückgekehrten Emigranten Gustav von Wangenheim als Schauspieler am Deutschen Theater auf. Jochen Voit stellt angesichts der Umstände, wie sich Busch und Gründgens gegenseitig in Gefahr und höchster Not beistanden, die Frage, ob diese beiden unterschiedlichen Schauspielerpersönlichkeiten wirklich so verschieden waren, wie es scheint. Seine Antwort: „Großer Ehrgeiz und begeisterte Besessenheit in ihrer Arbeit zeichnen beide aus. Beide neigen zu Betriebsblindheit, und beide werden letztlich zu eigenwilligen Instrumenten totalitärer Ideologien.“

Im Alter hatte sich der große Schauspieler und Sänger, dem Ulbricht in geheimen Moskauer Dossiers 1937 anarchistische Neigungen nachgesagt hatte, in der DDR arrangiert. Erich Mielke blies im August 1971 nach drei Tagen die Überprüfung Buschs wieder ab. Der HA IX/11 wurde mitgeteilt, „daß die zu Ernst Busch erarbeiteten Materialien vom Gen. Minister als ausreichend und gut eingeschätzt wurden. Weitere Überprüfungen brauchen nicht eingeleitet werden.“ Die Ausbürgerung Wolf Biermanns begrüßte Ernst Busch, der 1937 selbst von den Nazis aus-

gebürgert worden war, öffentlich im *Neuen Deutschland*. An Buschs Beerdigung im Juni 1980 nahmen Erich Honecker und andere SED-Größen teil. Vom Band erklang des Sängers Stimme mit den Liedzeilen:

„Wenn das Eisen mich mäht, Wenn mein Atem vergeht, Sollt stumm unterm Rasen mich breiten.“

Im Jahr 1981 wurde die Staatliche Schauspielschule Berlin in den Rang einer Hochschule erhoben und mit dem Namen Ernst Buschs verziert, 1986 verlieh DDR-Verteidigungsminister Hoffmann der mobilen Raketenabteilung R-6 Weißkeißel der Nationalen Volksarmee den Traditionsnamen Ernst Busch, und im kommenden Jahr wird 111 Jahre nach Buschs Geburt auf Beschluß der Kieler Stadtratsmehrheit, bestehend aus SPD, Grünen, Direkte Demokratie, Linken und SSW, der dortige „Wasserplatz“ am Germaniahafen in „Ernst-Busch-Platz“ umbenannt. Die Einladung einer Delegation von alten Kameraden der R-6 Weißkeißel in Buschs Geburtsstadt sollte zu diesem Anlaß eigentlich selbstverständlich sein.

Jochen Staadt

Herrn, Rainer/Hottenrott, Laura: Die Charité zwischen Ost und West (1945–1992). Zeitzeugen erinnern sich. Berlin: be.bra wissenschaft verlag 2010, 432 Seiten, 24,95 €.

Berlin feiert in diesem Jahr unter dem Motto „Hauptstadt der Wissenschaft“ mit zahlreichen Veranstaltungen und Ausstellungen gleich sieben Jubiläen. Die Staatsbibliothek zu Berlin wird 350 Jahre alt. Die Charité, eine der größten Universitätskliniken Europas, wird 300 Jahre alt, die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften erhielt 1710 ihr erstes Statut, und Gottfried Wilhelm Leibniz brachte den ersten Band seiner wissenschaftlichen Publikationsreihe „Miscellanea Berolinensia“ heraus. Die Humboldt-Univer-

sität und das Museum für Naturkunde erinnern an ihre Gründung vor 200 Jahren. Die Max-Planck-Gesellschaft blickt auf 100 Jahre Spitzenforschung seit der Gründung ihrer Vorgängereinrichtung, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, zurück, die sich 1910 mit ihren Großforschungsinstituten ebenso wie der Botanische Garten in Berlin-Dahlem, dem „deutschen Oxford“, ansiedelten.

Jubiläen rücken das Positive in den Vordergrund und tauchen die Vergangenheit gern in mildes Licht. Die Charité versagt sich im Unterschied zur Humboldt-Universität jede Altersmilde im Jubiläum. Medizinhistoriker des Klinikums präsentierten bis Ende Oktober im Berliner Abgeordnetenhaus eine beeindruckende Ausstellung über die DDR-Vergangenheit des Klinikums. Dokumente, Exponate und Zeitzeugenerinnerungen bringen ans Licht, was sich hinter den Kulissen der SED-Diktatur im Vorzeigekrankenhaus der DDR-Hauptstadt abgespielt hat.

Die Voraussetzungen für die medizinische Ausbildung und Krankenversorgung an der Charité besserten sich zwar nach den mühsamen Anfängen der Nachkriegszeit, doch blieb die Versorgungslage trotz steigenden Niveaus ein ständiges Problem. Zahllose Schreiben an die Führung der SED belegen das bis in die letzten Jahre der DDR. So mußte das Politbüromitglied Kurt Hager 1987 zur „Sicherung des dringendsten Bedarfs, vor allen Dingen bei solchen Materialien wie Operationshandschuhen, Mullkompressen, Tupfern, Binden usw.“ bei Alexander Schalck-Golodkowski um „Sonderimporte“ für die Charité nachsuchen.

Stärker noch als Mängel an medizinischen Gerätschaften und fehlende Medikamente aber wirkte sich über alle Jahre die Fluchtbewegung von Ärzten und Krankenschwestern zum Schaden der Charité aus. Die „Zahl der republikflüchtig gewordenen Ärzte und Lehrer“ stieg 1958

in Ost-Berlin nach Statistiken der Volkspolizei um das Dreifache des Vorjahres. Schwerpunkte der Fluchten von Pflegepersonal und Ärzten waren die Krankenanstalten Buch und die Charité. Die Medizinhistoriker der Charité ermittelten drei große Fluchtwellen von Ärzten und medizinischem Personal aus der DDR. Über 10 000 Ärzte flohen bis zum Mauerbau in die Bundesrepublik, 14 600 blieben in der DDR. Nach dem 13. August 1961 nutzten zahlreiche Mediziner die noch verbliebenen Fluchtwege, und 1989 gingen rund 1 500 Ärzte in den Westen.

Zur „Sicherung“ der Charité, deren Gelände zum Teil im Sperrgebiet an der Sektorengrenze lag, wurden von den DDR-Grenztruppen unter den Beschäftigten „freiwillige Helfer der Grenztruppen“ und ehrenamtliche Hilfspolizisten geworben. Sie sollten verdächtige Personen auf dem Gelände der Charité feststellen und Alarm auslösen, falls sich ein Fluchtversuch anbahnte. Die Zahl der derart hilfsbereiten Charité-Mitarbeiter ist bis heute unbekannt. Aus Angaben des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) geht hervor, daß 1976 eine dreißigköpfige Einheit von Medizinstudenten als freiwillige Grenzhelfer im Einsatz war. Der erste nach dem Mauerbau erschossene Flüchtling, Günter Litfin, war am 24. August 1961 über das Charité-Gelände zum Humboldthafen gelangt, ehe er dort im Wasser schwimmend von einer Feuergarbe tödlich getroffen wurde.

Neben freiwilligen Grenzhelfern im Vorfeld beteiligten sich andere Charité-Mitarbeiter an der Nachbereitung vereitelter Fluchten. Psychiater des Klinikums begutachteten festgenommene Flüchtlinge auf ihren Geisteszustand. Bis 1972 obduzierten Gerichtsmediziner streng geheim an der Mauer getötete Flüchtlinge. Angehörige erhielten keine Auskünfte über die Todesumstände.

Ebenso geheim mußte bleiben, was der Staatssicherheitsdienst in Zusammenar-

beit mit der SED-Parteiorganisation zur Absicherung der Vorzeigeklinik mit einer Unzahl von Spitzeln und hauptamtlichen Offizieren trieb. Nach Erkenntnissen der Medizinhistoriker spitzelten 1986 mehr als 80 inoffizielle Stasileute in der Charité. Am erschreckendsten dabei ist der durch Stasi-Akten überlieferte Verrat von Ärzten an ihren Patienten. „Der IM informierte über den Gesundheitszustand der Patienten“, heißt es da, oder „der IM übergab eine Krankenakte zur Auswertung“.

Die übergroße Mehrheit der Ärzte und des Pflegepersonals der Charité beteiligte sich freilich nicht an solchen Machenschaften. Nach dem Ende des SED-Regimes fanden sich in der Gauck-Behörde zu rund 40 medizinischen Hochschullehrern Indizien auf eine aktive Spitzeltätigkeit. In fünf Fällen entschied sich die Charité wegen der Geringfügigkeit des Akteninhalts für eine Weiterbeschäftigung.

Die von den Medizinhistorikern befragten Zeitzeugen erinnern sich heute recht unterschiedlich an die Zeit vor 1989. Einige wollen nichts bemerkt haben, sie fühlten sich wohl im behüteten Kollektiv und wurden auch nicht behelligt; andere wußten, was vor sich ging, wagten aber keinen Widerstand, und wieder andere erfuhren als eigenes Schicksal die Härte der „sozialistischen Gesetzlichkeit“. Das alles war in der Charité im kleinen nicht anders als in der ganzen großen DDR. Der Katalog zur Ausstellung ist ein außerordentlich interessanter Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte und des Geschehens an der Berliner Renommierklinik in der Zeit von 1945 bis 1992. Wie Projektleiter Reiner Felsberg in seiner Einleitung zum Katalog schreibt, gibt es in seinem Haus auch heute noch viele, die „eine kritische Aufarbeitung ihrer DDR-Zeit als Nestbeschmutzung“ empfinden. Felsberg bezeichnet das als „Ostrevanchismus der besonderen, exklusiven Art, denn die Charité war in ihrer privilegierten Versorgungsrolle in der

DDR Exquisit, Delikat und Intershop zugleich“.

Den mit der Erforschung der jüngsten Geschichte des größten und ältesten Berliner Klinikums Befassten ist mit der Ausstellung im Preußischen Landtag und dem beispielhaften Katalog ein großer erster Wurf gelungen. Das Forschungsprojekt steht freilich noch am Anfang. Seine Fortsetzung wird noch manche Abgründe ausleuchten und mit seinen Ergebnissen sicher auch zur Heilung der noch vorhandenen DDR-Restnostalgie im eigenen Hause beitragen – wenn dem die biologischen Zeitabläufe nicht ohnehin bald ein Ende bereiten.

Jochen Stadt

Spiritova, Marketa: Hexenjagd in der Tschechoslowakei. Intellektuelle zwischen Prager Frühling und dem Ende des Kommunismus. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag 2010, 385 Seiten, 44,90 €.

Den Stimmen der Intellektuellen kommt in den böhmischen Ländern ein besonderes Gewicht zu, was sich mit spezifischen historischen Umständen erklären läßt. Um so hellhöriger sollte man werden, wenn sich zwanzig Jahre nach dem gewaltlosen Ende des „realen Sozialismus“ in der ČSSR Schriftsteller zu Wort melden, die sich über die Verwahrlosung der politischen Kultur in der heutigen Tschechischen Republik entsetzen.

In dieser Diskussion erweist sich Marketa Spiritovas Untersuchung über „Intellektuelle zwischen Prager Frühling und dem Ende des Kommunismus“ als eine wertvolle Orientierungshilfe, da sie sich einem Themenkomplex widmet, der auch Aufschlüsse über aktuelle Probleme zuläßt. Die für die ČSSR typische „Schizophrenie des sozialen Bewusstseins“ (Zdeněk Mlynář) ist auch heute noch von der Entkoppelung eines Rückzuges in das

Private und der völligen Teilnahmslosigkeit am gesellschaftspolitischen Geschehen geprägt.

Spiritova widmet sich in ihrer Studie einer Phase in der ČSSR, die von der von Gustáv Husák verantworteten Politik der „Normalisierung“ geprägt war. Das Ziel der „Normalisierung“ war die Wiederherstellung des Marxismus-Leninismus nach sowjetischem Muster. Die erste Phase der „Normalisierung“ war insbesondere durch Parteiausschlüsse und Personalüberprüfungen gekennzeichnet, um reformorientierte Aktivisten zurückzudrängen und zu marginalisieren. Spiritova zitiert den tschechischen Historiker Karel Kaplan, der die „Opfer der umfangreichen Säuberung“ auf zwischen 750 000 und etwa zwei Millionen Menschen beziffert. Die Symbolfigur des „Prager Reformfrühlings“ von 1968, Alexander Dubček, errechnete in der Parteizeitung der italienischen Kommunisten *l'Unità* im Dezember 1987 weit über 1 500 000 Menschen, die direkt oder indirekt betroffen waren: „Was für eine Anzahl kommt da heraus, und das bei einer Einwohnerzahl von 15 Millionen!“.

Marketa Spiritova leitet ihre Studie mit einer historischen Abhandlung über die politischen Rahmenbedingungen und den historischen Kontext der Tschechoslowakei ein. Die Besonderheit ihrer Arbeit besteht darin, daß sie hinter die Kulissen der Tagespolitik blickt. In einer Art Mikroperspektive versucht sie, exemplarisch ausgewählte Zeitzeugen zu den Vorgängen in der ČSSR zu befragen. Bei aller Aufgeschlossenheit für die politischen Ereignisse zielt Marketa Spiritovas Forschung in den konkreten Alltag der Befragten. Hierbei hat sich als ergiebig erwiesen, daß sie auf einen Geschlechterproporz geachtet hat. Unter den 22 Befragten sind zehn Frauen. Mit welchen Strategien haben sie es geschafft, als ehemalige Journalisten, Wissenschaftler, Dozenten oder Historiker den Sturz in das offiziell verordnete

Schweigen zu verarbeiten? Spiritova fragt nach den Rollen der Ehefrauen von Marginalisierten und danach, wie man ein neues Leben nach dem gesellschaftlichen Sturz psychisch verkraftet. Einen breiten Raum nehmen die Schilderungen der Schwierigkeiten ein, als Ausgestoßener irgendeinen Arbeitsplatz zu bekommen. Hier wird die repressive Funktion einer Kaderakte im „realen Sozialismus“ verdeutlicht.

Differenziert schildert Spiritova die Aspekte von „alternativen Lebenswelten“ als Reaktion auf die Pressionen des Regimes. Beeindruckend führen die befragten Zeitzeugen die innere Notwendigkeit vor Augen, in irgendeiner Weise geistig tätig zu sein, um nicht völlig zu zerbrechen. Exemplarisch widmet sich Spiritova bestimmten Erscheinungen, die sich als Gegenwelt zur herrschenden Diktatur entwickelten. Neben den „Wohnungsseminaren“, in denen entlassene Hochschuldozenten ohne Denkverbote vor Studenten referierten, rückt auch das Phänomen des Samisdat, die Verbreitung von selbst abgetippten Büchern, die offiziell nicht gekauft werden konnten, in das Blickfeld.

Die atmosphärische Dichte in Spiritovas Untersuchung ergibt sich nicht zuletzt durch gezielt plazierte Aussagen: „Ich erinnere mich, wie ich die Abende und Nächte in der Küche an der Schreibmaschine saß und wie eine Verrückte tippte. Im ganzen Haus war es still und ich bekam Angst, daß man das Tippen durch die dünnen Wände hören würde und dann wüßten die Leute, was hier vor sich geht. Aber man schrieb immer weiter“.

Spiritova pflegt keine akademische Abstraktion, sondern nimmt ihre wissenschaftliche Verantwortung als Volkskundlerin ernst. Ihre einfühlsame Vorgehensweise rührt wohl auch daher, daß ihrer Familie als ehemaligen Emigranten aus der ČSSR das Dissidentenmilieu nicht fremd war.

Den westlichen Leser irritiert zuweilen die Bescheidenheit, mit denen die Betei-

ligten über ihre Familien sprechen. Die Angst vor dem Gefängnis bestimmte den Alltag. Sie schwebte als ständige Bedrohung über allem, was die Menschen sagten und taten. Auch im Bewußtsein der Angehörigen von Inhaftierten spielte das Gefängnis eine tragende Rolle. Es verlangte ihnen immer wieder Kraft und Phantasie ab, ihre einsitzenden Verwandten so gut wie möglich zu unterstützen. Das Regime instrumentalisierte in diesem Geflecht von Repression und Widerstand insbesondere die Kinder als Druckmittel. Mit ihrer Untersuchung hat Marketa Spiritova der Aufarbeitung der „Normalisierung“ einen wichtigen neuen Aspekt hinzugefügt.

Volker Strebel

Saehrendt, Christian: Kunst als Botschafter einer künstlichen Nation. Studien zur Rolle der bildenden Kunst in der Auswärtigen Kulturpolitik der DDR. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2009, 197 Seiten, 34,- €.

Nahezu ein Drittel dieses sehr treffend betitelten Buches ist der Betrachtung seines eigentlichen Themas vorangestellt. Dieser Teil behandelt die auswärtige Kulturarbeit der Weimarer Republik, des Dritten Reiches und der Bundesrepublik bis 1989. Christian Saehrendt beschreibt auf den folgenden rund einhundert Seiten knapp, aber umfassend und detailreich die strukturelle und institutionelle Verankerung der auswärtigen Kulturbemühungen in der DDR. Wie stellt sich ein künstliches Staatsgebilde nach außen dar, das zur Konstruktion eines nicht vorhandenen eigenständigen Nationalbewußtseins auf die Historie nur ideologiegeleitet zurückgreifen kann und sich allein jene Versatzstücke herausgreift, die seiner aktuellen Politik dienlich sind? Welche Rolle weist es der Kunst in diesem Zusammenhang zu?

Kunstexport wurde von der SED als Teil propagandistischer Auslandsarbeit begrif-

fen und dementsprechend mit einem strategischen Kalkül realisiert. Das fand seine Grenzen nur zu oft in den Realitäten. Für aufwendige Schauen im Westen fehlte der DDR schlichtweg meist das Geld, auch wenn sich die Bundesrepublik in den fünfziger Jahren durch das Engagement des Ostens herausgefordert fühlte, die Zahl seiner Goethe-Institute drastisch zu erhöhen. Wurden entsprechende Ausstellungen nach jahrelanger Vorarbeit realisiert, war die Resonanz oft bescheiden oder regelrecht desaströs. Nicht selten vermutete das Publikum des Gastgeberlandes hinter dem Organisator der Ausstellung niemand anderes als die Bundesrepublik. Gegen die Dominanz des westdeutschen Teilstaates in der weltweiten Wahrnehmung vermochte die DDR trotz aller kulturellen Klimmzüge nichts auszurichten. Sie blieb für das Ausland, auch für das sozialistische, dauerhaft das unwichtigere Deutschland.

Anders als auf dem geradezu mit fanatischem Eifer beackerten Renommierfeld des Leistungssports ließ sich auf kulturellem Gebiet stets nur eine viel kleinere Ernte einfahren. Im Bemühen um internationale Anerkennung kam dieser Präsentation gleichwohl eine große Bedeutung zu. Dabei konzentrierte sich die DDR auf wenige westliche Staaten. In Frankreich konnte sie an ein starkes kommunistisches Milieu anknüpfen, in Großbritannien begegnete ihr eine latente Germanophobie, in den USA wiederum stieß sie auf unaufgeregtes Desinteresse. Nur scheinbar einfacher hatte es die nach außen gewandte Kulturoffensive der SED in den blockfreien und in den Entwicklungsländern. Zu den wenigen Höhepunkten, an denen sich Erich Honecker höchstselbst delectieren konnte, gehörte die Einweihung eines von der DDR gestifteten Karl-Marx-Denkmal in Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba. Das mit Rücksicht auf seinen zukünftigen Standort vom Bildhauer „afrikanisierte“ Antlitz des Philosophen konnte

durchaus mißverstanden werden. Es zeigt einen klotzköpfigen Marx, der gleichsam mit dem Schädel durch die Wand zu dringen scheint. Die Stiftung dieser – Zitat Honecker – „heiligen Stätte“ erwies sich, wie vieles andere, als Fehlinvestition. Auf den erhofften afrikanischen Kaffee wartete die DDR vergeblich.

In den kulturellen Beziehungen zum Westen nahm auch die Möglichkeit, mit DDR-Kunst Devisen zu erwirtschaften, zumindest was die Wünsche betrifft, einen breiten Raum ein. Die Künstler erhielten lediglich fünfzehn Prozent vom Verkaufserlös in westlicher Währung. Die schillerndste Figur in diesem Zusammenhang war der Aachener Schokoladenprozent und „Sammler-Fürst“ Peter Ludwig, dessen kunstsinniges und wirtschaftliches Engagement in Richtung Osten ihm die Monopolstellung für seine Produkte auf dem Absatzmarkt DDR einbrachte. Anders als von Saehrendt dargestellt, revolutionierte Ludwigs zuckeriges Milch-Mischpulver in zwei Geschmackssorten nicht die DDR-Schulversorgung. Es war allerdings in den HO- und Konsumverkaufsstellen der DDR ein nicht hundertprozentig gleichwertiges Surrogat für fehlende Westprodukte anderer bekannter Marken. Sein Engagement brachte Ludwig im Jahre 1983 einen Ehrendokortitel der Karl-Marx-Universität Leipzig und noch 1989 einen „Stern der Völkerfreundschaft“ ein. Nach dem Untergang der DDR ließ sich der Mäzen mit ähnlichen Würden in Kuba dekorieren.

Was offiziell im Westen an bildender DDR-Kunst zu sehen gewesen ist, war zuvor mehrfach gefiltert worden. Das betraf sowohl die Kunstwerke als auch deren Schöpfer. Es verstand sich nahezu von selbst, daß generell traditionelle Handwerklichkeit das Bild dieser für präsentabel erachteten Kunst bestimmte und andere Kunstformen vollkommen ausgeschlossen waren. Der allmähliche Wegfall kleinteiliger Reglements, zunehmende Indivi-

dualität und stilistische Vielfalt wurde im Westen durchaus wahrgenommen. Ebenso, daß sich in dem Schaffen durchweg ein großes Maß an Pessimismus und Tristesse manifestierte. Das SED-Regime nutzte dergleichen als politischen Nachweis für seine angebliche Freizügigkeit. Wer im Ausland nur die exportierte Fassade sah, nahm daher trotz oder gerade wegen der Traurigkeit der Bildinhalte eine geschönte DDR wahr. Die Machthaber registrierten das mit Genugtuung. Gleichwohl bedeutete jede Präsentation auf feindlichem Gebiet auch ein Wagnis. Dies zumal, weil der Westen den Kulturaustausch nicht als eine Einbahnstraße begriff. Ein Import westlicher Kunst und Kultur war jedoch nicht gewollt. In Gestalt des MfS wurde mit den sich ausweitenden Außenbeziehungen auch der Staatssicherheitsapparat zunehmend „vorbeugend“ bei der Überwachung von Künstlern aktiv.

Ärgernisse bei der Lektüre des Buches sollen hier nicht verschwiegen werden. Einem nachlässigen Lektorat sind zahlreiche Schreibfehler, bis hin zu gänzlich abhanden gekommenen Wörtern, entgangen. Quellen wie das SAPMO werden nicht als solche ausgewiesen, sondern firmieren schlicht unter „Barch“. Überhaupt legt der Autor oft keine Nachweise für seine Behauptungen vor. Manches davon scheint von Dritten kolportiert, doch auch hier fände man gerne einen Nachweis der Gespräche. Unverständliche Mängel gibt es auch bei Funktions- und Positionsbezeichnungen sowie bei Namen von Funktionskadern. Der SED-Ideologiewächter Kurt Hager wird in dem Buch lediglich als ZK-Mitglied benannt. Das ist zwar nicht falsch, dürfte für seine Bedeutung jedoch weit weniger ausschlaggebend gewesen sein als sein Sitz im SED-Politbüro. Die unter Kurt Hager agierende Leiterin der Abteilung Kultur des ZK der SED, Ursula Ragwitz, war dann doch nicht so unbekannt, daß ihr Name heute noch falsch geschrieben werden müßte. Und auch Bär-

bel Bohleys Name ist kein Buchstaben-geheimnis. Daß die Leser bei vorhandenen Quellennachweisen mal die Seitenangaben geliefert bekommen und mal nicht, ist ebenso wenig nachvollziehbar. Auch sind mitunter zwar Signaturen benannt – wiederum ohne Paginierungen – jedoch nicht die Dokumente, aus denen zitiert wird. Andere Signaturen fehlen gänzlich, und obgleich Band und Blattzahl benannt wurden, sind diese Dokumente unauffindbar.

Leider kommt der Autor am Ende des Buches nicht mehr auf seine eingangs aufgeführten Fragestellungen zurück. Wir lesen kein Resümee darüber, ob die Präsentation von DDR-Kunst im Westen das Leben des SED-Staates verlängerte. Mit der Beschreibung der ersten und letzten gelungenen Präsentation von zeitgenössischer DDR-Kunst in den USA ist auch das sich präsentierende Land einfach passé. Hier endet die Beschreibung abrupt. Wichtige Bemerkungen zu eben diesem Thema hat der Autor kurzerhand in eine Fußnote verschoben, was allenfalls gerechtfertigt gewesen wäre, wenn der Text hier gleichsam kunstvoll für sich stände. Der logisch folgenden Frage nach dem, was bleibt, mag Saehrendt erst nach einer mehrseitigen Erörterung der „Nationale[n] Präsentation durch die Kunst in der Gegenwart“ nachgehen. Das ist sicher informativ, führt allerdings vom eigentlichen Thema des Buches weg.

Daher wirkt der folgende Unterabschnitt mit seiner komplexen, aber nur äußerst knapp behandelten Fragestellung „Was bleibt von der Kunst der DDR?“ etwas unvermittelt und vermag nur schwerlich an die zurückliegenden Schilderungen anzuknüpfen. Saehrendt sieht das Thema DDR-Kunst in Wissenschaft und Öffentlichkeit marginalisiert und als Spezialgebiet vor sich hindümpelnd. Wissenschaft und Publizistik, so nimmt es der Autor wahr, neigen zu der Tendenz, „die Kunst der DDR rückwirkend in eine gesamtdeut-

sche Kunstgeschichte der Nachkriegszeit einzubetten und damit zur Randerscheinung abzuwerten“. Seltsam nur, daß der Autor ein solches Vorgehen, zumindest was den ersten Teil des Statements betrifft, faktengesättigt mit seinen Ausführungen stützt. Ob damit nun zwangsläufig sogleich auch eine Abwertung verbunden ist, darf bezweifelt werden. Inwiefern Kunst in der DDR von den Machthabern durch politisch-ideologische Bewertung und Verwertung umgewertet und dadurch auch entwertet worden ist, hat der Autor selbst an zahlreichen Beispielen aufschluß- und spannungsreich nachgewiesen.

Tobias Voigt

Musial, Bogdan: Stalins Beutezug. Die Plünderung Deutschlands und der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht. Berlin: Propyläen 2010, 507 Seiten, 26,95 €.

Dieses Buch bietet mehr, als der Titel verrät. In Teil I wird der Aufbau der sowjetischen Schwer- und Rüstungsindustrie mit tatkräftiger Hilfe Deutschlands beschrieben. Es stellte der Sowjetunion seit 1926 mehrfach Kredite für den Einkauf deutscher Industrieanlagen und Maschinen zur Verfügung (1926 und 1931 je 300 Millionen Reichsmark, 1932 400 Millionen, 1935 und 1939 je 200 Millionen). Musial schreibt, daß Hitler ab Sommer 1939, nach dem Abschluß des Ribbentrop-Molotow-Paktes, bis zum 21. Juni 1941 „Stalin tatkräftig beim Ausbau und bei der Modernisierung der sowjetischen Kriegs- und Rüstungswirtschaft“ unterstützt habe. Anhand der Muster deutscher Waffen (unter anderem je zwei bis zehn Maschinen von jedem Flugzeugtyp) und anderer Rüstungsgüter hätten die Sowjets ihre eigenen veralteten Systeme modernisieren können.

In Teil II wird die Mobilisierung der sowjetischen Kriegswirtschaft und Gesellschaft beschrieben. Neben der Stawka,

dem Hauptquartier des Oberkommandos der sowjetischen Streitkräfte, wurde am 30. Juni 1941 das Staatskomitee für Verteidigung (GKO) geschaffen. Dem GKO gehörten Stalin als Vorsitzender sowie Molotow, Woroschilow, Malenkov und Berjajan, später kamen Mikojan, Wosnessenski, Kaganowitsch und Bulganin dazu. Es übte die volle Macht über die Partei-, Komso-mol-, Staats- und Militärorgane aus und faßte bis zu seiner Auflösung am 4. September 1945 9971 Beschlüsse, die für dieses Buch eine wertvolle Quelle waren. Musial erwähnt leider nicht, daß Deutschland dem GKO nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte. Es hatte kein gemeinsames Oberkommando und faktisch keine Regierung, sondern war eine polykratische Diktatur, die allein durch Hitler zusammengehalten wurde, der im Führerhauptquartier nicht einmal einen eigenen Apparat hatte. Die Effektivität der Arbeit des GKO belegt unter anderem die Tatsache, daß der Wehrmacht trotz großer Gebietsgewinne kein sowjetischer Rüstungsbetrieb in die Hände fiel.

Musial bestreitet, daß der Heldenmut der sowjetischen Soldaten an der Front und der totale Arbeitseinsatz von Männern und Frauen in den Rüstungsbetrieben auf Patriotismus und Liebe zum Vaterland zurückzuführen waren. Für die Masse der Menschen war die blanke Angst vor dem Terror das Motiv. Wo sie konnten, entzogen sie sich den Zwängen des ungeliebten Regimes. Etwa eine Million verübten Fahnenflucht, mehr als 1,5 Millionen dienten oder kämpften an der Seite der Wehrmacht. Von 1941 bis 1945 wurden 217 080 Menschen zum Tod durch Erschießen verurteilt, davon 82 000 Zivilisten.

Die ab Ende 1941 eingesetzten modernen Panzer und Flugzeuge verhalfen der Roten Armee zu einer für die deutsche Führung unerwarteten Überlegenheit. Von der zweiten Jahreshälfte 1943 an hatte die Sowjetunion an der Ostfront die Lufthoheit.

Das Mißverhältnis zwischen den sowjetischen Panzern auf der einen und den deutschen Panzern auf der anderen Seite illustrieren folgende Zahlen: Bis zum Ende des Krieges wurden in der Roten Armee 51 300 mittlere Panzer T 34 und 4 540 schwere Panzer KW in Dienst gestellt. Ihnen standen auf deutscher Seite nur 1 355 Tiger I, 487 Tiger II und 6 000 Panther gegenüber, die den modernsten sowjetischen Panzern gewachsen waren.

In Teil III befaßt sich Musial mit Stalins Deutschlandpolitik nach dem 22. Juni 1941. Hier weist er nach, daß der Diktator von Anfang an auf die polnische Westverschiebung hinarbeitete, um die ihm im Ribbentrop-Molotow-Pakt zugeschriebenen ostpolnischen Gebiete zu behalten und Deutschland durch die frühzeitig angestrebte Oder-Neiße-Grenze zu schwächen. Die Ideologie von den „wiedergewonnenen polnischen Westgebieten“ gehe auf Stalin zurück. Trotzdem hatte er für die polnischen Kommunisten, die er 1944 an die Spitze einer polnischen Satellitenregierung stellte, nur Verachtung übrig. Nach einem feuchtfröhlichen Abendessen beschimpfte er im September 1941 den späteren Staatspräsidenten Bierut, der seit 1927 Mitglied der KPdSU(B) war (Gomulka seit 1926!), mit den Worten: „Was machst du, verdammte Scheiße, in Polen? Was für ein Kommunist bist du, du Hundesohn?“ Als der so Beschimpfte das nicht ernst nahm, fauchte ihn Molotow an: „Was lachst du, du Idiot? Das ist eine ernste Sache, kein Scherz.“

Der Roten Armee fiel das gesamte ober-schlesische Industriegebiet praktisch unversehrt in die Hände, ähnlich wie die Industrie in den übrigen damaligen deutschen Ostgebieten und in den westpolnischen Gebieten. In Teil IV arbeitet Musial heraus, wie Stalin verhinderte, daß das neue Polen zu stark wurde. Auf Jahrzehnte änderte sich nichts an der „servilen Hörigkeit und totalen Abhängigkeit der ein-

heimischen Kommunisten von Moskau“. Das am 25. Februar 1945 unter dem Vorsitz von Malenkov gebildete Sonderkomitee für Beutegut veranlaßte bis zum 1. Mai 1947 in Polen (in den heutigen Grenzen) die Demontage von 1 119 Betrieben, in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) waren 2 955 Betriebe betroffen. Musial schreibt, daß „Polen durch die Übernahme der deutschen Ostgebiete wirtschaftlich keineswegs gestärkt [wurde]. Vielmehr ruinierten die umfassenden Demontagen, die jahrzehntelange wirtschaftliche Ausbeutung durch die Sowjetunion sowie das sozialistische Wirtschaftssystem sowjetischer Prägung das Land in jeder Hinsicht“.

Obwohl von den demontierten Ausrüstungen und Materialien vieles unterwegs gestohlen oder am Zielbahnhof aus dem Waggon geworfen und unter freiem Himmel liegengelassen wurde, haben Kriegsbeute und Reparationen (aus der SBZ ab 3. August 1945) einen enormen Technologietransfer bewirkt. Der entscheidende technologische Durchbruch zur Produktion moderner Waffensysteme sei der Sowjetunion erst nach 1945 gelungen. Es wurden neue Waffensysteme eingeführt, die in Deutschland erbeutet worden waren. Dazu kamen Tausende deutscher Konstrukteure, Ingenieure und Techniker, die sowohl in der SBZ als auch in der Sowjetunion für die Sowjets deutsche Waffensysteme weiterentwickelten, in erster Linie Raketen und Düsenflugzeuge. Das trug ebenso wie die Ausbeutung der mitteldeutschen Uranvorkommen zum Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht bei. Musial schreibt, daß die demontierten Anlagen kein dauerhaftes Wirtschaftswachstum garantierten und schnell abgenutzt waren. „Neue und bessere auf der Grundlage der eroberten Patente wurden wegen des ausbleibenden technischen Fortschritts nicht entwickelt.“ So habe das sowjetisch-kommunistische Wirtschaftssystem sich nicht nur als unfähig, sondern so-

gar als nicht überlebensfähig herausgestellt.

Musial setzt sich an mehreren Stellen mit westlichen Historikern auseinander, die das stalinistische Regime schönreden. Er schreibt, daß Stalin nicht „kriegsparanoid, sondern kriegsbesessen“ war, da er geglaubt habe, daß ohne Krieg die Ausbreitung der kommunistischen Herrschaft in Europa in großem Stil nicht möglich sei.

Musial bereitet in seinem Buch eine Fülle von erdrückendem Material auf. Die in den Text eingestreuten Statistiken werden durch einen Anhang ergänzt, der 22 weitere Tabellen enthält. Zum besseren Verständnis hätte beigetragen, wenn Musial an verschiedenen Stellen Zwischenergebnisse präsentiert hätte. Trotzdem haben wir es mit einem höchst informativen Buch zu tun, dem viele Leser zu wünschen sind.

Otto Wenzel

Zbikowski, Andrzej u. a.: Illustrierte Geschichte der Flucht und Vertreibung. Mittel- und Osteuropa 1939 – 1959. Deutsche Erstausgabe. Augsburg: Verlag Weltbild 2010, 253 Seiten, 14,95 €.
Zwangsumsiedlung. Flucht und Vertreibung 1939–1959. Atlas zur Geschichte Ostmitteleuropas, hg. v. der Bundeszentrale für politische Bildung. Bd. 1015. Bonn 2009, 253 Seiten, 7,- €.

Die *Illustrierte Geschichte der Flucht und Vertreibung. Mittel- und Osteuropa 1939 bis 1959* entstand in Zusammenarbeit eines polnischen kartographischen Verlages mit vier jüngeren polnischen ZeithistorikerInnen aus Breslau (Wroclaw) und Warschau. Ihr Ziel war es, die in Polen nach wie vor aktuelle und in den vergangenen Jahren oft sehr emotional geführte Debatte über das Thema „Vertreibung“ aufzugreifen, mit objektiven Fakten und historischen Karten zu unterlegen und damit zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen. Wie Stefan Troebst, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an

der Universität Leipzig und wissenschaftlicher Begutachter dieses Werkes in seinem Geleitwort für die deutsche Ausgabe schreibt, konnte das Gemeinschaftswerk „international vernetzter und polyglotter Historiker [...] in Rekordzeit realisiert sowie umgehend ins Deutsche übersetzt“ werden. Die deutsche Ausgabe wurde mit finanzieller Unterstützung der „Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit“ sowie der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ herausgegeben. Sie erschien als Erstausgabe beim Weltbild-Verlag und, unter dem leicht modifizierten Titel „Zwangsumsiedlung. Flucht und Vertreibung 1939–1959. Atlas zur Geschichte Ostmitteleuropas“, bei der Bundeszentrale für politische Bildung.

Die Autoren und der Herausgeber wenden sich nicht in erster Linie an das Fachpublikum, sondern zielen auf größte Anschaulichkeit und auf eine breite Leserschaft. Der Atlas ist daher reich mit zahlreichen Karten in guter Qualität, historischen Fotos und Dokumenten sowie Auszügen aus zeitgenössischen Quellen ausgestattet.

Der Fokus des Bandes richtet sich geographisch auf die zwangsweisen Bevölkerungsbewegungen in Mittel- und Osteuropa, und zwar in dem „rund eine halbe Million Quadratkilometer umfassenden Gebiet“, das „vor (bzw. bis) 1939 und nach (bzw. ab) 1945 zum polnischen Staatsgebiet gehörte“. Damit kommen auch die früheren östlichen Provinzen des Deutschen Reiches (Schlesien, Pommern, Ostpreußen, Ostbrandenburg u. a.), aus denen nach 1945 Millionen Deutsche vertrieben wurden, in den Blick, ebenso wie die infolge des Hitler-Stalin-Pakts 1939 von den Sowjets abgetrennten ostpolnischen Gebiete, die den sowjetischen Republiken Litauen, Weißrussland und der Ukraine angegliedert wurden. Der Zeitraum der Darstellung reicht vom 1. September 1939, dem Datum des deutschen Überfalls auf Polen, bis zum Ende der 1950er Jahre. Die Fluchtbewegungen und Zwangsmigratio-

nen in der Zwischenkriegszeit, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem polnisch-sowjetischen Krieg 1919–1921 oder die Minderheitskonflikte zwischen Polen und Deutschen nach 1918 sind nicht Gegenstand dieser Darstellung.

Ein einleitendes Kapitel veranschaulicht anhand von Karten die Veränderungen der Staats- und Verwaltungsgrenzen Polens von 1918 bis nach 1945 (Zweite Republik, deutsche und sowjetische Besatzung, Westverschiebung) sowie die ethnische und konfessionelle Struktur Polens. Als Schlußsäure der Darstellung wurde das Jahr 1959 gewählt: Bis dahin habe sich - nach der „Repatriierung der polnischen und jüdischen Bevölkerung aus der UdSSR“ und den „Ausreisewellen“ der deutschen Bevölkerung als „Epilog der Umsiedlungen der 40er Jahre“ - auf dem heutigen Staatsgebiet Polens eine stabile Bevölkerungsstruktur eingestellt. Die neu gebildete Gemeinschaft habe sich aufgrund der Erfahrung der Zwangsmigration und ihrer individuellen und gesellschaftlichen Folgen auf die „nationale Bindung“ berufen: „In Polen feierte die Idee des Nationalstaates Triumphe und zwar in ihrer weitestgehend an das Ideal angenäherten Gestalt – eines Staates, der von einer ethnisch fast homogenen Gesellschaft besiedelt wurde.“

Verfolgung, Zwangsumsiedlungen, Vertreibung, Deportation und die Vernichtung der europäischen Juden haben die ethnische Struktur Mittel- und Osteuropas tiefgreifend und unwiederbringlich zerstört. Die Autoren des Bandes versuchen, die Schicksale der Opfer dieser zwangsweisen, oft miteinander verflochtenen Bevölkerungsbewegungen aus getrennten Blickwinkeln darzustellen. Die einzelnen Kapitel behandeln Polen, Juden, Deutsche, Ukrainer sowie andere Nationalitäten. Sie enthalten zahlreiche Details, die in der deutschen Leserschaft wenig bekannt sein dürften.

Was die Darstellung zur Vertreibung der Deutschen betrifft, so überrascht sie dadurch, dass in diesem Abschnitt – im Unterschied zum Titel des Buches – der Begriff „Vertreibung“ nur in der Kombination „sog. wilde Vertreibungen“ benutzt wird. Ansonsten ist von „militärischen Aussiedlungen“ (1945) und „Massenaussiedlungen“ (1945–1948) die Rede. Die Autorin dieses Kapitels, Malgorzata Ruchniewicz, behandelt zunächst die Umsiedlungen von Deutschen aus Gebieten, die im „Hitler-Stalin-Pakt“ (1939) der sowjetischen Interessenzzone zugeschlagen wurden und in Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Okkupations- und Siedlungspolitik im besiegten und zerstörten Polen stehen, danach Evakuierung und Flucht sowie die Deportationen in die Arbeitslager der UdSSR.

Die Vertreibung der Deutschen aus den „sog. Wiedergewonnen Gebieten“ Polens wird als ein zwangsläufiger Vorgang dargestellt: „...die Zahl der Polen [war hier] gering, sie verschwanden im Meer der Deutschen. [...] Die Anwesenheit der Deutschen untergrub die Dauerhaftigkeit dieser Veränderungen und machte eine polnische Ansiedlung unmöglich. Daher kamen Ideen auf, nach dem Muster der Tschechoslowakei, die Entfernung der deutschen Bevölkerung ohne internationale Zustimmung durchzuführen.“ Diese

„Aussiedlungen“ wurden – so die Autorin – von militärischen Einheiten, Milizen und Teilen der Zivilbevölkerung mit „abstoßendsten Verhaltensweisen“ durchgeführt. Die darauf folgende millionenfache Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den früheren deutschen Ostprovinzen samt ihren Begleitumständen wird als „Massenaussiedlung“ bezeichnet, die gemäß internationalen Abkommen durchgeführt wurde. Sie sei von großen Teilen der polnischen Zivilbevölkerung als „Strafe für die Ungerechtigkeiten während des Krieges“ und als Voraussetzung für „die Festigung des polnischen Staates“ akzeptiert worden. Die terminologische Problematik vermittelt einen Eindruck von den Tabus, mit denen die Debatte über Zwangsmigration und Vertreibung in Polen offenbar noch immer behaftet ist.

Es ist verdienstvoll, dass für diesen Atlas erstmals eine Karte erstellt wurde, die die größten polnischen Nachkriegslager verzeichnet, in denen deutsche Zivilisten 1945 bis 1950 „interniert“ waren. Zwei weitere Karten zu den Sammellagern für deutsche Zivilisten (1945) und zu den Transporten in die sowjetischen Deportationsgebiete veranschaulichen das Ausmaß dieses Geschehens, über das bisher nur wenig bekannt ist.

Ute Schmidt